



Februar 2024

DEMOKRATIE-KRISE IN SERBIEN

Predrag Jureković

Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen haben eine gefährliche Vertiefung der Demokratie-Krise in Serbien aufgezeigt. Sie verstärkt nicht nur die politische Polarisierung in Serbien selbst, sondern erschwert kooperative Beziehungen am Westbalkan und die friedliche Beilegung des Konflikts mit den Kosovo-Albanern.

Geopolitische Aspekte und regionale Bedeutung Serbiens

Demokratische und rechtsstaatliche Defizite sowie offene Konfliktfragen stellen große Barrieren für die vollständige Normalisierung aller regionalen Beziehungen und den Beitritt der Staaten des Westbalkans (WB) zur Europäischen Union (EU) dar. Generell haben für die EU die sechs WB-Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien wegen der Konfrontation mit Russland an geopolitischer Bedeutung signifikant dazugewonnen. Im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wächst in Brüssel – nach vielen Jahren der „Erweiterungsmüdigkeit“ – deshalb die Bereitschaft, mittelfristig neue Kandidatenländer aus Südosteuropa in die EU aufzunehmen. Allerdings hat sich ein Teil der WB-Staaten während der langen Wartezeit schon sehr weit von den demokratischen Prinzipien der EU entfernt, sodass das historische Momentum für sie ungenutzt verstreichen könnte.

Eine Schlüsselrolle nimmt in diesem Zusammenhang Serbien ein, der mit 6,7 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichste Staat des WB. Ohne eine konstruktive Politik Belgrads ist weder eine Beendigung der Sicherheitskrisen im mehrheitlich von Serben bewohnten Nord-Kosovo möglich, noch ein Ende der separatistischen Politik des bosnisch-herzegowinischen Staatsteils Republika Srpska zu erwarten. Auch die politische Stabilität des Nachbarn Montenegro, ein NATO-Mitglied mit den besten EU-Beitrittchancen am WB, wird nicht unwesentlich von Belgrads Politik gegenüber der dortigen serbischen Bevölkerung (ca. 29%) beeinflusst.

Krisensymptome seit 2012

Seit der Machtbeteiligung (2012) und spätestens seit der vollständigen Machtübernahme durch die regierende „Serbische Fortschrittspartei“ (Srpska napredna stranka, SNS) im Jahr 2014 hat sich Serbien nach Meinung dortiger zivilgesellschaftlicher Gruppen und der meisten

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

internationalen Beobachter vom demokratischen Reformkurs weit entfernt. Der Präsident und zentrale Machtfaktor in Serbien, Aleksandar Vučić, wird von der politischen Opposition beschuldigt, ein autokratisches Regime anzustreben. Die Demokratie-NGO „Freedom House“ zählt Serbien seit dem Beginn der Regierungszeit der von Vučić vollständig kontrollierten klientelistischen Partei SNS zu den WB-Staaten mit der geringsten Demokratiequalität.

Unfaire Bedingungen und Manipulationsvorwürfe bei den Dezemberwahlen

Große Mängel im demokratischen Prozess wurden in Serbien in der Wahlkampagne und bei der Durchführung der vorgezogenen Parlaments- und Kommunalwahlen sichtbar. Als Folge der Wahlen vom 17. Dezember, deren alleiniger Zweck die Machtabsicherung der SNS war, hat sich die gesellschaftliche Polarisierung in diesem zentralen WB-Staat noch verstärkt. Nach Einschätzung der Wahlbeobachtermission der serbischen NGO CRTA sowie von internationalen Wahlbeobachtern wurden Oppositionspolitiker in der Wahlkampagne von Medien unter Regierungskontrolle unfair behandelt. Einzelne Oppositionspolitiker wurden von Vučić, Regierungspolitikern und den von ihnen kontrollierten Medien auf persönlicher Ebene verächtlich gemacht und abqualifiziert. Auch die Wahlen selbst waren nach Einschätzung der serbischen Opposition von Manipulationen gekennzeichnet. Gemäß der Anschuldigung aus dem proeuropäischen Oppositionslager wurden tausende Bürger aus der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska mit Bussen nach Belgrad gebracht. Sie sollten bei der Kommunalwahl in der serbischen Hauptstadt für Vučićs Regierungspartei stimmen und dadurch dort einen wichtigen Teilsieg der Opposition verhindern.

Vučić, der in der Wahlkampagne omnipräsent war, ohne dass das Präsidentenamt zur Wahl stand, wies die Manipulationsvorwürfe zurück. Seiner Darstellung nach

handelte es sich um die bisher „saubersten und fairsten“ Wahlen in Serbien. Hingegen untermauerten mehrere Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die als Wahlbeobachter in Belgrad eingesetzt waren, die Anschuldigungen der Opposition, wonach es insbesondere aus der Republika Srpska zahlreiche „importierte“ Wähler gegeben haben soll.

Amtliche Wahlergebnisse

Gemäß dem amtlichen Wahlergebnis hat die SNS, die bei dieser Wahl als Liste „Aleksandar Vučić – Serbien darf nicht stehen bleiben“ (Aleksandar Vučić – Srbija ne sme da stane) antrat, sowohl im gesamtstaatlichen Parlament als auch bei der Kommunalwahl in Belgrad und in den meisten anderen Gemeinden die Mehrheit errungen. Demnach entfielen bei einer Wahlbeteiligung von 58,77% bei der Parlamentswahl 46,75% der Wählerstimmen auf die Liste „Aleksandar Vučić – Serbien darf nicht stehen bleiben“. Das proeuropäische Oppositionsbündnis „Serbien gegen Gewalt“ (Srbija protiv nasilja) erhielt 23,66%.

Für die besonders angefochtene Belgrader Kommunalwahl gab die Wahlkommission einen Wahlsieg mit 44,55% der Wählerstimmen für die Liste „Aleksandar Vučić – Serbien darf nicht stehen bleiben“ bekannt. Auf das Oppositionsbündnis „Serbien gegen Gewalt“ entfielen 39,09%. Seitens der prowestlichen Opposition und der Zivilgesellschaft wurden die Ergebnisse der Parlamentswahl und der Belgrader Kommunalwahl nicht anerkannt. Sie forderten eine Wiederholung dieser Wahlen unter Beachtung demokratischer Standards und mit klaren Wählerlisten innerhalb von sechs Monaten. Präsident Vučić und die regierende SNS zeigten sich bisher von den Protesten tausender Bürgerinnen und Bürger gegen die angeblichen Wahlmanipulationen unbeeindruckt, ließen die Möglichkeit einer Wiederholung zumindest der Kommunalwahl in Belgrad aber offen. Dabei wurde von Regierungsseite betont, dass dies kein Eingeständnis von Wahlmanipulationen, sondern eine

mögliche Folge einer fehlenden politischen Mehrheit zur Bildung der Belgrader Kommunalregierung wäre.

Europäische Werte versus Unterstützung von „Stabilokratien“

Im Kontext der bei den Wahlen aufgetretenen Unregelmäßigkeiten fielen die sehr zurückhaltenden Reaktionen von EU- und US-Repräsentanten auf. So beschrieb der im EU-Parlament für Serbien zuständige Berichterstatter Vladimir Bilčik die Wahlen zunächst als „problemlos durchgeführt“ ehe er nach der Kritik von EU-Wahlbeobachtern an den Unregelmäßigkeiten doch eine „Aufklärung der Irregularitäten“ forderte. Der US-Botschafter in Belgrad, Christopher Hill, sprach von der Wichtigkeit der Zusammenarbeit Serbiens mit der OSZE bei Wahlproblemen.

Trotz eindeutig autoritärer Tendenzen werden die aktuellen Machthaber in Belgrad in Brüssel und Washington weiterhin als „Stabilitätsfaktoren“ perzipiert. Die EU und USA möchten verhindern, dass sich Serbien noch stärker Russland zuwendet und tolerieren deshalb weiterhin Serbiens außenpolitischen Balanceakt enger Beziehungen zu Russland und China bei gleichzeitiger formaler Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen. Brüssel und Washington scheinen auch künftig politisch auf Vučić zu setzen, wenn es um die Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština geht. Das westliche Ziel, Demokratien am WB zu stärken, scheint gegenüber geopolitischen und regionalpolitischen Zielen allgemein ins Hintertreffen zu geraten.

Eindeutige Forderungen des EU-Parlaments

Sehr klar zu den demokratiepolitischen Herausforderungen in Serbien hat sich am 8. Februar das EU-Parlament in einer Resolution geäußert. Mit 461 Ja- gegenüber 52 Nein-Stimmen forderte das EU-Parlament eine unabhängige internatio-

nale Untersuchung der Wahlen in Serbien. Für den Fall, dass eine solche Kommission von der serbischen Regierung in Auftrag gegebene Wahlmanipulationen feststellt und die Umsetzung von Empfehlungen zur Vermeidung zukünftiger Unregelmäßigkeiten nicht umgesetzt werden, sollte laut der Resolution die Auszahlung von Geldern aus EU-Fonds für Serbien suspendiert werden. Eine solche Sanktion wäre für das EU-Kandidatenland von Relevanz, hat es doch bisher besonders von den EU-Heranzuführungshilfen profitiert. So hat Serbien seit 2012 3,3 Mrd. € an nicht rückzahlbaren EU-Hilfen erhalten.

Die serbische Regierung reagierte auf die EU-Parlamentsresolution und auf mögliche Folgen einerseits mit dem Hinweis, dass sie für die EU-Kommission ohnehin nicht verbindlich sei, so Ministerpräsidentin Ana Brnabić. Andererseits gab es scharfe Kritik daran. So verglich Verteidigungsminister Miloš Vučević die Forderung des EU-Parlaments nach Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung möglicher Wahl-Unregelmäßigkeiten mit dem Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgerehepaars in Sarajevo im Jahr 1914.

Der Kosovo-Kontext

Die Politik der aktuellen Regierung Serbiens gegenüber Kosovo und „taktische“ Anpassungen dieser Politik stehen in enger Verbindung zu ihren Beziehungen zur EU-Kommission. Das heißt in der Praxis, dass ein beruhigendes Einwirken Belgrads auf die mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiete des Nord-Kosovo vor allem dann erwartet werden kann, wenn die serbische Regierung generell verstärkter Kritik aus Brüssel ausgesetzt ist. In den vergangenen Jahren kam dies – trotz demokratischer Rückschritte – selten vor, seit Herbst 2023 nahm die Kritik aus Brüssel aber zu. Ausschlaggebend dafür sind neben den möglichen Wahl-Unregelmäßigkeiten die noch immer ungeklärte Rolle Serbiens beim Angriff einer serbischen paramilitä-

rischen Truppe auf eine kosovarische Polizeistation im nordkosovarischen Banjska im September 2023. Der Kommandant dieser Truppe, Milan Radoičić, war bis zum Angriff stellvertretender Vorsitzender der von Belgrad kontrollierten Kosovo-serbischen Partei „Srpska lista“.

Wohl um in Brüssel die Wogen bezüglich der Wahldurchführung und der Banjska-Attacke etwas zu glätten, hat die serbische Regierung zum Jahreswechsel erklärt, die amtlichen kosovarischen Autokennzeichen bei Reisen nach Serbien anerkennen zu wollen. 2022-23 hat die Forderung der kosovarischen Behörden an die Serben im Nord-Kosovo, diese Kennzeichen anzubringen, noch Anlass zu mehreren gewaltsamen Unruhen und den Rückzug der Serben aus den Kosovo-Institutionen gegeben. Zugeständnisse wie im Falle der kosovarischen Autokennzeichen bedeuten aber nicht automatisch, dass die serbische Regierung auch den EU-Plan von Februar 2023 zur Normalisierung der Beziehungen mit den Kosovo-Albanern umzusetzen bereit ist. Auch die kosovarische Regierung von Albin Kurti hält diesbezüglich an verhärteten Positionen fest. Weder ist Belgrad unter einem Präsidenten Vučić bereit, Kosovo als Staat de facto anzuerkennen, noch ist für Kurti der von Brüssel geforderte Gemeindeverband für die Kosovo-Serben hinnehmbar. Die Sicherheitslage im Kosovo bleibt deshalb angespannt, sowie potenziell gefährlich, und wird weiterhin von politisch-taktischen Überlegungen beider Seiten bestimmt.

Ableitungen

- Die Kritik der serbischen Zivilgesellschaft und von EU-Beobachtern an der Durchführung der Dezember-Wahlen ist ein Alarmsignal dafür, dass in Serbien nicht nur keine fairen Wahlbedingungen vorherrschen, sondern

auch die formal korrekte Durchführung mittlerweile infrage gestellt ist.

- Für weitere EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien und den Zugang zu EU-Fonds sollte die vom EU-Parlament geforderte Untersuchung möglicher Wahl-Manipulationen (Stichwort: „importierte Wählerinnen und Wähler“) eine unabdingbare Voraussetzung sein.
- Nur ein im materiellen und nicht nur formalen Sinne demokratisches Serbien kann ein ehrlicher Partner für die Nachbarn am Westbalkan sein, der anstelle von nationalistischen Projektionen (Stichwort: „Serbische Welt“/„Srpski svet“) auf dauerhaft kooperative Beziehungen setzt.
- Undemokratische Verhältnisse in Serbien und die politisch-taktische Instrumentalisierung von Sicherheitsfragen im Nord-Kosovo durch Belgrad stehen in einem engen Zusammenhang zueinander. Eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien erscheint nur möglich, wenn in beiden Staaten demokratische Prinzipien fest verankert sind.
- Vor diesem politischen Hintergrund bleibt die Sicherheitslage im Nord-Kosovo fragil und erfordert weiterhin die substanzielle Präsenz der internationalen Stabilisierungsmission KFOR.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten

Druck: ReproZ W 24-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk